

Datenschutzerklärung für Erhöhtes Beförderungsentgelt (EBE)

Informationen gem. Art. 13 Datenschutzgrundverordnung – Verarbeitung von personen-bezogenen Daten in Fällen von erhöhten Beförderungsentgelten (EBE), Fahrpreisnacherhebung, Straftaten nach Hausrecht

Verantwortliche Stelle im Sinne des Datenschutzrechts

Freiburger Verkehrs AG

Vorstand: Stephan Bartosch, Oliver Benz

Besaçonallee 99

79111 Freiburg

Telefon: 0761/4511-0

Fax: 0761/4511-139

E-Mail: vag(at)vagfr.de

Kontaktdaten unseres Datenschutzbeauftragten

Datenschutzbeauftragter

Andreas Sterz

Freiburger Verkehrs AG

Besaçonallee 99

79111 Freiburg

Telefon: 0761/4511-651

E-Mail: datenschutz(at)vagfr.de

Zwecke und Rechtsgrundlagen, auf der wir Ihre Daten verarbeiten

Wir verarbeiten personenbezogene Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) sowie anderen anwendbaren Datenschutzvorschriften.

Als Anbieter von Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr hat die Freiburger Verkehrs AG ein berechtigtes Interesse daran, dass alle Kunden, entsprechend den aktuell gültigen Beförderungsbedingungen und den Tarifbestimmungen, über einen gültigen Fahrausweis verfügen.

Erfüllung eines Vertrages mit Ihnen (Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO)

Die Datenverarbeitung ist für die Erfüllung eines Beförderungsvertrages zwischen der Freiburger Verkehrs AG und dem Fahrgast bzw. zum Nachweis einer gültigen Fahrtberechtigung im Rahmen des Beförderungsvertrages erforderlich.

Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung (Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO)

Die Freiburger Verkehrs AG unterliegt einer Reihe von Anforderungen wie z. B. Datenschutzgesetze- und Verordnungen, Steuergesetze usw. Zur Einhaltung dieser Anforderungen müssen hierfür personenbezogene Daten, die wir im Rahmen der Erhebung und Verwaltung des erhöhten Beförderungsentgeltes erheben, verarbeiten.

Wahrung berechtigter Interessen der Freiburger Verkehrs AG oder eines Dritten (Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO)

Kunden, die **ohne** einen gültigen Fahrausweis eine Personenbeförderungsleistung in Anspruch nehmen, können entsprechend der bestehenden Regelungen (gem. Rechtsverordnung) mit einem erhöhten Beförderungsentgelt belegt werden. Zur Erhebung des erhöhten Beförderungsentgelts ist die Verarbeitung von personenbezogenen Daten und von Vorfalldaten erforderlich.

Soweit erforderlich, erfolgt die Verarbeitung der Daten zur der Verwaltung von Forderungen aus erhöhten Beförderungsentgelten, der Fahrpreisnacherhebung und der Durchsetzung von Strafanzeigen aufgrund von Verstößen gegen das Hausrecht.

- Bereitstellung eines Datensatzes für die Verwaltung der Forderung und deren Durchsetzung
- Kommunikation mit dem Betroffenen und Sorgeberechtigten
- Abwicklung der Zahlungsmodalitäten unserer Forderung
- Strafanzeige

Betroffene Personen

Kunden bzw. Fahrgäste, die zum Zeitpunkt der Ticketprüfung ohne gültigen Fahrausweis angetroffen wurden.

Erhobene Daten

Folgende Daten bzw. Datenkategorien werden erhoben

- Name, Vorname und Geburtsdatum
- Anschrift (Wohnort, PLZ, Straße und Hausnummer)
- Vorfalldaten (EBE-Vorfall Nr. Datum, Uhrzeit, Beanstandung)

Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Vertreter in Rechtsangelegenheiten, Polizeibehörden, Staatsanwaltschaft, Inkasso-Unternehmen zur Abwicklung des Mahnverfahrens.

Dauer der gespeicherten Daten

Personenbezogene Daten werden gelöscht, wenn das Vertragsverhältnis beendet ist, sämtliche gegenseitigen Ansprüche erfüllt (Ausgleich der Forderungen und nach Abschluss von Strafverfahren) sind und keine anderweitigen Aufbewahrungspflichten oder Rechtfertigungsgründe für die Speicherung bestehen.

Unter bestimmten Voraussetzungen können Sie uns gegenüber Ihre Datenschutzrechte geltend machen

- So haben Sie das Recht, von uns Auskunft über Ihre bei uns gespeicherten Daten nach den Regeln
- von Art. 15 DSGVO (ggf. mit Einschränkungen nach § 34 BDSG) zu erhalten.
- Auf Ihren Antrag hin werden wir die über Sie gespeicherten Daten nach Art. 16 DSGVO berichtigen, wenn diese unzutreffend oder fehlerhaft sind.
- Wenn Sie es wünschen, werden wir Ihre Daten nach den Grundsätzen von Art. 17 DSGVO löschen, sofern andere gesetzliche Regelungen (z.B. gesetzliche Aufbewahrungspflichten oder die Einschränkungen nach § 35 BDSG) oder ein überwiegendes Interesse unsererseits (z. B. zur Verteidigung unserer Rechte und Ansprüche) dem nicht entgegenstehen.
- Unter Berücksichtigung der Voraussetzungen des Art. 18 DSGVO können Sie von uns verlangen, die Verarbeitung Ihrer Daten einzuschränken.
- Ferner können Sie gegen die Verarbeitung Ihrer Daten Widerspruch nach Art. 21 DSGVO einlegen, aufgrund dessen wir die Verarbeitung Ihrer Daten beenden müssen. Dieses Widerspruchsrecht gilt allerdings nur bei Vorliegen ganz besonderer Umstände Ihrer persönlichen Situation, wobei Rechte unseres Hauses Ihrem Widerspruchsrecht ggf. entgegenstehen können.

- Auch haben Sie das Recht, Ihre Daten unter den Voraussetzungen von Art. 20 DSGVO in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten oder sie einem Dritten zu übermitteln.
- Darüber hinaus haben Sie das Recht, eine erteilte Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten jederzeit uns gegenüber mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen.
- Ferner steht Ihnen ein Beschwerderecht bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde zu (Art. 77 DSGVO).

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg: <http://www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de>

Wir empfehlen allerdings, eine Beschwerde zunächst immer an unseren Datenschutzbeauftragten zu richten.

Ihre Anträge über die Ausübung ihrer Rechte sollten nach Möglichkeit schriftlich an die oben angegebene Anschrift oder direkt an unseren Datenschutzbeauftragten adressiert werden.